

An die Schriftführerin des
Haupt- und Finanzausschusses
Frau Klatt

Antrag: Deponie Lohmannsheide verhindern

Der Haupt- und Finanzausschuss möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, ein rechtliches Vorgehen der Stadt Duisburg gegen die Errichtung und den Betrieb einer DK I-Deponie auf der Bergehalde Lohmannsheide unter Begutachtung aller möglichen rechtlichen Auffassungen erneut zu prüfen.

Begründung:

Die geplante Errichtung einer DK I-Deponie auf der Halde Lohmannsheide im Duisburger Stadtteil Baerl wirft erhebliche ökologische und rechtliche Bedenken auf. Besonders kritisch zu sehen ist die unmittelbare Nähe zum Trinkwasserschutzgebiet Binsheimerfeld, wodurch die Trinkwasserversorgung und die gesamte regionale Umwelt potenziell stark beeinträchtigt werden könnte. Anwohner befürchten zudem eine hohe Lärmbelastung und erheblichen Verkehr durch Lkw-Transporte aufgrund des Deponiebetriebs.

Um eine mögliche, unkontrollierte Schadstoffbelastung zu verhindern, ist es notwendig, die rechtlichen Grundlagen des Planfeststellungsbeschlusses und der Genehmigung umfassend zu prüfen. Dabei ist insbesondere zu untersuchen, ob die Belange des Umwelt- und Naturschutzes ausreichend berücksichtigt wurden und ob eine Verletzung des Selbstverwaltungsrechts der Stadt Duisburg vorliegt. Da die Stadt Moers bereits rechtlich gegen die Genehmigung vorgeht, sollte auch Duisburg intensiv prüfen, ob ein rechtliches Vorgehen durch die Stadt möglich ist. Die Einrichtung der Deponie könnte auf das Stadtgebiet Duisburgs weitreichende negative Auswirkungen haben, die eine langfristige Beeinträchtigung der Lebensqualität sowie der Umwelt bedeuten würden.

gez. Frederik Engeln

Vorsitzender der Junges Duisburg-Fraktion
im Rat der Stadt Duisburg

